

PRESSEMITTEILUNG

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Aktionsplan Trinkwasser für die Stadt Nürnberg

Wasserspender auf Ämtern mit Publikumsverkehr und Schulen

Den „Weltwassertag“ am vergangenen Freitag nimmt SPD-Stadträtin Diana Liberova zum Anlass, um zu fordern, dass auch die Stadt Nürnberg sich noch stärker beim Zugang zu Trinkwasser engagiert. Sie fordert deshalb einen Aktionsplan „Trinkwasser für Nürnberg“: „In Nürnberg haben wir ausgezeichnetes Trinkwasser. In Zeiten des Klimawandels und anhaltender Hitzeperioden gewinnt diese Ressource auch bei uns an Bedeutung. Das Bewusstsein für die hohe Qualität des Nürnberger Trinkwassers ist aber leider noch nicht überall verbreitet. Mit der Aktion „Refill“ haben bereits mehrere Gastronomiebetriebe und Geschäfte in der Stadt ein erstes Signal in diese Richtung gesetzt“, erklärt Liberova. Die beteiligten Betriebe zeigen dabei mit einem Aufkleber an, dass dort kostenlos Leitungswasser in mitgebrachte Gefäße abgefüllt werden kann.

„Wir können und sollten die Wahrnehmung für die Qualität unseres Wassers steigern. Am besten gelingt es uns, indem wir darauf hinweisen und Möglichkeiten zur Nutzung an den Stellen in der Stadt schaffen, wo viele Menschen zusammenkommen. Liberova schlägt vor in Ämtern mit viel Publikumsverkehr Zugang zu Trinkwasser zu ermöglichen, z.B. durch Wasserspender. „Eine mögliche Stelle dafür wäre zum Beispiel im Einwohnermeldeamt, welches gerade an einer neuen Gestaltung für mehr Kundenfreundlichkeit arbeitet“, so Liberova. Auch in Schulen sei dies denkbar. In einem Antrag fordert sie deshalb einen Aktionsplan „Trinkwasser für Nürnberg“. Das Wasser soll dabei in mitgebrachte Flaschen gefüllt werden können. Damit werde zugleich Müll reduziert. „Wir leisten damit einen kleinen Beitrag zum Umweltschutz, steigern die Akzeptanz für unser Trinkwasser und versorgen gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger mit Wasser, was vor allem im Sommer immer wichtiger wird“, fasst Liberova die Vorteile zusammen.

Nun soll geprüft werden wie eine solche Aktion realisiert werden kann.

Nürnberg, 29. März 2019